



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 31. Januar 2023
Kantonsratspräsident Born Rolf

P 851 Postulat Knecht Willi und Mit. über die Ernährungssicherheit der Schweiz in Krisensituationen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.
Willi Knecht hält an seinem Postulat fest.

Martin Birrer beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Hanspeter Bucheli beantragt Erheblicherklärung.

Willi Knecht: Ich bin mit der inhaltlichen und politischen Würdigung meines Postulats durch die Regierung nicht zufrieden. Für die SVP-Fraktion ist es schon lange klar, dass die eigenständige Ernährungs- und Versorgungssicherheit gestärkt werden müssen. Ein hoher Selbstversorgungsgrad mit einheimischen Lebensmitteln hat klar mehrere Vorteile. Einerseits ist genügend vor Ort produziertes Fleisch oder Getreide ökologischer als Importware. Andererseits ist eine produzierende Landwirtschaft inklusive der vor- und nachgelagerten Betriebe ein bedeutender Wirtschaftszweig. Obwohl die Landwirtschaft dank Betriebsoptimierungen, Forschung und technischem und züchterischem Fortschritt pro Einheit immer mehr produziert, sinkt in der Schweiz der Netto-Selbstversorgungsgrad laufend. Lag dieser vor zehn Jahren noch bei über 60 Prozent, ist er heute auf fast 50 Prozent gesunken. Die Gründe dafür sind vielfältig, von der masslosen Zuwanderung bis zu politischen Fehlanreizen. Auch der Konsument ist nicht ganz unschuldig, verlangt er doch zunehmend ein Lebensmittelangebot, das in der Schweiz aus topografischen und klimatischen Bedingungen gar nicht oder nur saisonal produziert werden kann. Zu den erwähnten Massnahmen, die aus unserer Sicht auch nicht abschliessend sind: Ich stimme dem Regierungsrat zu, wenn er schreibt, dass der Bund grundsätzlich für die Landwirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung zuständig ist. Richtig ist auch, dass in den letzten Monaten im Bereich der aufgeführten Massnahmen wie Pflichtlager, tierische Nebenprodukte und der Vernichtung von Lebensmitteln deutliche Fortschritte erzielt wurden. Allerdings besteht auch hier noch klar Luft nach oben. Nicht einverstanden sind wir, wenn ideologisch behauptet wird: «Öko-Projekte verfolgen nicht das Ziel, den Selbstversorgungsgrad (SVG) der Schweiz zu senken [...]. [...] Längerfristig wirken sich ökologische Produktionsformen aber positiv auf die Ernährungssicherheit aus [...]» Fakt ist: Würde jede landwirtschaftliche Nutzfläche biologisch bewirtschaftet, wäre der Selbstversorgungsgrad der Schweiz massiv tiefer. Wir sind auch der Meinung, dass eine höhere Produktion von Getreide, Ölsorten, Kartoffeln usw. für die Verarbeitungsbetriebe kein Problem darstellt. Die Betriebe müssen einfach ihre Importmenge reduzieren. Zur Forderung der Sistierung von Ökoproyekten: Künftig müssen die Landwirte auf den besten Ackerflächen 3,5 Prozent Ökoflächen ausscheiden. Statt dass auf über 10 000 Hektaren rund 80 000 Tonnen Weizen produziert werden, müssen die Landwirte auf diesen Flächen künftig Schmetterlinge zählen und minderwertiges Futter produzieren. In Anbetracht der Tatsache, dass bereits heute

90 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen als Biodiversitätsfläche ausgeschieden sind und mit den geplanten Wasserausscheidungen, Renaturierungen oder Bachöffnungen diese Flächen noch massiv zunehmen werden, sind solche Massnahmen bezüglich Ernährungssicherheit mehr als unverständlich und fraglich und kritisch zu beurteilen. Eine Sistierung oder gar der Verzicht solcher Massnahmen wäre deshalb nicht nur notwendig, sondern aus Sicht der Bundesverfassung gar zwingend. Die SVP-Fraktion erwartet vom Regierungsrat, dass er künftig bei Vernehmlassungen und dort, wo er Einfluss nehmen kann, seine Verantwortung wahrnimmt und sich mit Herzblut für eine eigenständige Ernährungs- und Versorgungssicherheit der Schweiz einsetzt.

Martin Birrer: Die Stellungnahme der Regierung zeigt, dass das Thema der Versorgungssicherheit grösstenteils Sache des Bundes ist. Darum könnte das Postulat auf den ersten Blick wegen Erfüllung abgelehnt werden. Bei genauem Lesen stellt man aber fest, dass der Kanton sehr viel für die Versorgungssicherheit tut und auch oft beim Bund vorstellig wird, um diese zu verbessern. Die Frage der Versorgungssicherheit ist aber ein Dauerauftrag. Einen Dauerauftrag kann man nicht wegen Erfüllung ablehnen. Darum stimmt ein grosser Teil der FDP-Fraktion der teilweisen Erheblicherklärung zu. Wir sind mit vielen Antworten einverstanden. So empfinden wir es als sehr wichtig, dass sich der Kanton für die Wiederverwertung von bestimmten tierischen Eiweissen zur Tierfütterung einsetzt. Wir sind auch einverstanden, dass die bestehenden Biodiversitäts- und Ökoflächen aufgelöst werden sollen. Mit einer Antwort bin ich persönlich nicht einverstanden, nämlich damit, dass weniger Mineraldünger benötigt würde, wenn der Hofdünger effizienter eingesetzt würde. Dann müsste man eigentlich davon ausgehen, dass mehr Mineraldünger verwendet werden könnte, wenn der Hofdünger schlecht eingesetzt wird. Das ist nicht der Fall. Jeder Bauer muss eine Nährstoffbilanz ausfüllen. Ob er den Hofdünger gut oder schlecht einsetzt, heisst nicht, dass er deswegen mehr Mineraldünger einsetzen kann.

Hanspeter Bucheli: Mit der Ernährungssicherheit greift das Postulat ein wichtiges Thema auf. Die Versorgung mit Lebensmitteln aus Schweizer Produktion ist in den letzten Jahren in der Tendenz gesunken. Je nach Berechnungsart liegt sie bei 50 bis 60 Prozent. Das heisst also, dass wir im Extremfall mit der Hälfte zufrieden sein müssten. Natürlich kann man jetzt argumentieren, dass wir statt vom Acker in den Trog direkt in den Teller produzieren müssten und somit die Effizienz steigern würden. Unser Menüplan würde aber massiv karger, der Kreislauf mit dem Klärschlamm nicht geschlossen, und die Nährstoffversorgung auf dem Feld wäre in keiner Weise gesichert. Die Diskussion über den Klärschlamm mag etwas unangenehm sein, aber es ist eine Frage der Zeit, dass wir uns auch darüber werden unterhalten müssen. Ich glaube unter diesen Voraussetzungen ist es legitim, wenn wir von der Regierung fordern, dass sie sich beim Bund für eine Stärkung der Ernährungssicherheit einsetzen soll. Auch wenn es Bundessache ist und der Bund das schon tut, geht es hier um eine Haltung, die wir bestärken wollen. Deshalb stimmt eine Mehrheit der Mitte-Fraktion der Erheblicherklärung zu.

Meta Lehmann: Der Regierungsrat zeigt in seiner Stellungnahme schlüssig auf, dass das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) sich laufend Überlegungen zur Versorgungssicherheit und bei Bedarf Anpassungen an den Vorgaben macht. Zu jedem Vorschlag des Postulanten wird sauber ausgeführt, weshalb der Vorschlag für die Versorgungssicherheit entweder kontraproduktiv ist oder dass das Thema vom Bund bereits aktiv verfolgt wird und es nicht nötig ist, Druck zu machen. Deshalb folgt die SP-Fraktion der Regierung und lehnt das Postulat ab. Ich erlaube mir, etwas zur Argumentation der Regierung hinzuzufügen. Für die Produktion von 1 Kilokalorie Schweinefleisch braucht es 15 Kilokalorien Kraftfutter. Die Studie, die ich dazu gefunden habe, berücksichtigt dabei nur die Kalorien der Futterbestandteile, die auch von uns Menschen verwertet werden könnten, also zum Beispiel von Weizen, Gersten, Hafer oder Mais. Das verfüttern wir den Schweinen, anstatt es selbst als Lebensmittel zu essen. Wir könnten uns in der Schweiz also sehr einfach weitgehend selbst mit den notwendigen Kalorien versorgen, indem wir unsere Nahrungsmittel nicht zuerst durch die Mägen von Tieren wandern liessen. Wir bräuchten, wenn es darauf ankommt, keine Anbauschlacht auf Biodiversitätsflächen oder wie zu Zeiten

des Zweiten Weltkriegs auf dem Sechseläutenplatz in Zürich, sondern ab und zu ein Haferflockentäschli statt ein Schnitzel zum Mittagessen würde reichen.

Simon Howald: Ja, die Sicherstellung der Ernährungssicherheit der Schweiz in Krisensituationen erachtet die GLP-Fraktion als wichtig und richtig. Die Wege zur Erreichung dieses Zieles sind jedoch überlegt zu definieren, um schmerzhaft Kollateralschäden zu vermeiden. Wie der Regierungsrat darlegt, nimmt der Bund beziehungsweise das BWL seine Aufgabe bereits wahr. Ein Nachfassen beim Bund ist aus unserer Sicht zurzeit nicht angezeigt. Gerne präzisieren wir unsere Haltung bei einzelnen Punkten des Postulats. Die GLP-Fraktion ist gegen die befristete Nutzung von ökologischen Ausgleichsflächen für die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln. Jedoch ist eine Teilverlagerung von der Tierproduktion zum Ackerbau und zu Spezialkulturen zu prüfen. Ausserdem sollte der Ackerbau weniger für die Futtermittel-, sondern mehr für die Nahrungsmittelproduktion verwendet werden. Daher sind wir ebenfalls gegen die vorgeschlagene Sistierung von Ökoproyekten. Im Bereich der Biodiversität und des schonenden Umgangs mit den Böden haben wir dringenden Handlungsbedarf, um eine ausreichende inländische Nahrungsmittelproduktion auch für die folgenden Generationen sicherzustellen. Ausserdem müssen wir nicht nur die Abhängigkeit von ausländischem Saatgut sowie von Dünger und Pflanzenschutzmitteln verringern, sondern generell den Einsatz von chemischen und synthetischen Pestiziden senken. Die Vernichtung von Lebensmitteln bei der Verarbeitung, im Handel, in der Gastronomie und in den Haushaltungen ist auch aus unserer Sicht dringend zu reduzieren. Die GLP-Fraktion unterstützt die Beurteilung des Regierungsrates weitgehend und lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab.

Laura Spring:

Die G/JG-Fraktion teilt grundsätzlich die Meinung des Postulanten, dass die Schweiz und der Kanton Luzern eine gute Ernährungs- und Versorgungssicherheit brauchen. Dazu braucht es eine starke Landwirtschaft mit einer guten Wertschöpfung. Aber was für Produktionsgrundlagen braucht eine starke Landwirtschaft? Das Wichtigste, darin sind sich wohl alle einig, sind die Böden. Ohne gute Böden gibt es keine guten Erträge. Was ist ein guter Boden? Einer mit einer guten Bodenbiodiversität. Ohne die Mikroorganismen in den Böden können die Nährstoffe von den Pflanzen gar nicht aufgenommen werden. Wenn die Böden also weiter geschädigt werden, werden auch die Erträge weiter abnehmen. Es braucht auch saubere Gewässer, das haben wir diesen Sommer gesehen, sowie eine funktionierende Biodiversität und ein stabiles Klima. Ohne diese Basis kann die Landwirtschaft ihren Beitrag zur Ernährungs- und Versorgungssicherheit gar nicht leisten. Dazu gibt es verschiedene Studien, die das mehrfach belegen. Wenn wir den Anteil an pflanzlicher Ernährung erhöhen – dazu braucht es kein Verbot von Fleisch –, sind wir mit der Versorgung schon sehr viel weiter. Wenn wir so viele Futtermittel importieren müssen, steigen die Preise, und wir sind nicht so unabhängig vom Ausland, wie wir es gerne hätten. Wir wären viel unabhängiger, wenn wir das essen, was direkt auf unseren Böden wächst. Es ist sicher nicht zielführend, Biodiversitätsflächen umzugraben und dort Acker- oder Futterbau zu betreiben. Das würde die Versorgungssicherheit mittel- und langfristig noch mehr schwächen. Rund ein Drittel unserer Lebensmittel, die wir täglich essen, gibt es nur wegen der Bestäubung durch die Insekten. Ohne diese Bestäubungsdienstleistung der Wildbienen, der Bienen und anderer Bestäuber haben wir diese Lebensmittel nicht. In China wird die Bestäubung durch Menschen vorgenommen. Wollen wir es in der Schweiz auch so weit kommen lassen? Ich glaube nicht. Der Bestand der Wildbienen nimmt rasant ab, die neusten Zahlen zeigen, dass die Wildbienenarten am Aussterben sind. Wenn wir ihre wichtigen Lebensräume nicht schützen, wird die Landwirtschaft als Erste verlieren. Die Städter werden nicht getroffen, aber die Landwirtschaft. Eine starke Versorgungssicherheit ist nur möglich mit einer Landwirtschaft, die zu den eigenen Produktionsgrundlagen auch wirklich Sorge trägt. Wir teilen die Einschätzung der Regierung und lehnen das Postulat ab.

Josef Schuler: Es freut mich zu hören, dass der SVP die Ernährungssicherheit wichtig ist. Beim Votum von Willi Knecht wurde mir aber etwas unwohl. Die Regierung stützt sich auf das BWL ab. Die SVP sagt aber, es handle sich um ideologische Begründungen. Es sind

aber wissenschaftliche Begründungen, die belegt sind. Es wird erklärt, warum wir zu unseren Böden Sorge tragen sollen und warum wir die Ackerböden besser nicht zu stark für die Tierernährung nutzen sollten. Es ist falsch zu behaupten, dabei handle es sich um Ideologien. Bitte hören Sie auf die Wissenschaftler, die genau erklären, warum die Ernährungssicherheit richtig aufgebaut werden sollte. Wenn man jetzt von einer Düngerknappheit spricht, ist das wegen des Krieges in der Ukraine. Wir wissen aber nicht, wie es in zehn Jahren aussieht. Wir haben es selber in der Hand, indem wir auf die im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen hören. Deshalb bin ich für die Ablehnung des Postulats, denn es zielt genau in die falsche Richtung. Wir müssen jetzt damit anfangen, möglichst auf die eigene Produktion von Saatgut zu setzen. Wir sollten unseren Tieren eigenes Futter verfüttern und nicht vom Ausland importiertes und uns damit abhängig machen. Wir müssen eigenständig werden und unsere Landwirtschaft weniger auf Importe ausrichten, sondern möglichst ökologisch eigene Produkte aufbauen, damit wir bei einer möglichen Knappheit gerüstet wären.

Hasan Candan: Ich appelliere an die Nicht-Landwirtschaftsvertreterinnen und -vertreter der Mitte und der FDP und bitte diese, Augenmass zu bewahren. Der Nettoversorgungsgrad der Schweiz liegt in den letzten 15 Jahren immer etwa zwischen 50 und 60 Prozent. Laut den vom Bundesamt für Landwirtschaft herausgegebenen Zahlen sind es im Moment 56 Prozent. Während der sogenannten Anbauschlacht, etwa mit dem Anbau von Kartoffeln vor der Jesuitenkirche, wurde die Selbstversorgung um etwa 2 bis 3 Prozent erhöht. Wir sind auf gewisse Nahrungsmittel angewiesen, die wir importieren. Es ist deshalb sehr wichtig, dass wir eine gewisse Selbstversorgung haben. Ich möchte gerne die Vertreter der Mitte, der SVP und der FDP etwas fragen: Sehr viele Futtermittel werden importiert. Hanspeter Bucheli hatte auf seinem Betrieb sehr viele Schweine: Wie viel Futter mussten Sie zukaufen, und wie viel haben Sie selber produziert? Willi Knecht hatte sehr viele Kühe: Wie viel Futter haben Sie selber produziert? Auch von Martin Birrer möchte ich wissen, wie viel Futter er für seine Kühe zukaufen muss und wie viel er selber produziert.

Hanspeter Bucheli: Ich habe zum Votum von Meta Lehmann eine Bemerkung. Kalorien sind die eine Sicht, Proteine wären die andere. Das Verhältnis von 1 zu 15 Kilokalorien stimmt. Aber wenn man den Hofdünger gutschreibt, gibt es eine andere Bilanz. Diese Bilanz wird uns in Zukunft noch beschäftigen. Im Klimabericht wird die ganze Landwirtschaft nach Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF; Land Use, Land Use Change and Forestry) beurteilt. Dort werden aber nur der Input und CO₂-Äquivalente berechnet, der Output wird einfach unterschlagen. Davon spricht niemand. Zu der Qualität der Böden: Es ist definitiv bewiesen, dass die Böden, die seit Generationen Hofdünger erhalten, unsere besten Böden sind. Zur Düngerknappheit: Wir haben zwei Kategorien von Dünger. Die eine kommt aus dem Bergbau aus Russland und Brasilien. Die andere ist Stickstoff. Das ist tatsächlich eine Energieschlacht. Die Energieträger sind die fossilen Dünger, sie sind nicht nur Energieträger, sondern zugleich auch Rohstoff, um das Wasserstoffatom zu liefern. Mir hat noch niemand erklären können, wie das gehen soll mit weniger Hofdünger und mit mehr Mineraldünger und mit dem Stickstoff, den wir benötigen, denn sonst gibt es ja keinen Ertrag. Zur Frage von Hasan Candan: Wir benötigen auf unserem Hof zirka 250 Tonnen Futter, 150 Tonnen davon produzieren wir selber, der Rest wird zugekauft. Hofdünger benützen wir etwa zu 80 Prozent selber, alles nach Plan, der Rest wird weggeführt.

Thomas Grüter: Wir Landwirte haben die Böden in den letzten 100 Jahren nicht kaputtgemacht, sondern wir haben zu ihnen geschaut, wie das auch Hanspeter Bucheli ausgeführt hat. Schwarze Schafe gibt es überall, aber grundsätzlich schauen wir zu unseren Grundlagen, auf denen wir produzieren wollen. Von der Landwirtschaft wird verlangt, dass sie vorausgeht. Hintergrund ist, dass weniger Fleisch gegessen wird, das ist fast schon ein Kult. Dann muss der Fleischkonsum aber auch sinken. Es ist sinnlos, wenn wir unsere Anbautechniken und unsere Produktion umbauen und nur noch Getreide anbauen, aber das Fleisch importieren. Das darf nicht passieren. Wir haben hier auch schon darüber diskutiert, wir müssen aber einen gemeinsamen Weg finden. Die Landwirtschaft erkennt den

Handlungsbedarf. In den letzten 30 Jahren wurden 200 000 Kühe abgebaut. Trotzdem stossen unsere Kühe immer noch zu viel Methan aus. Nur daran werden wir gemessen. Das Problem muss gemeinsam angegangen werden. Die Produktion, der Handel und die Konsumenten müssen einander entgegenkommen. Die Rechnung geht nicht auf, wenn nur eine Partei Massnahmen ergreifen muss. Das Thema der Bioproduktion haben wir auch schon behandelt. Ein Vorstoss von Hasan Candan verlangte, dass im Kanton 50 Prozent der Lebensmittel aus Bioproduktion stammen müsse. Schon damals habe ich gesagt, dass wir das machen würden, aber die Nachfrage müsse auch stimmen. Mit der Umstellung auf Bioproduktion im Obstanbau ist der Direktverkauf auf meinem Hof um 20 Prozent gesunken. Man ist nicht bereit, den Preis für Bioprodukte zu bezahlen. Warum war der Preis der Biomilch im letzten Herbst in Deutschland tiefer als der ÖLN-Preis? Weil niemand Bioprodukte gekauft hat, weil sie zu teuer sind. «Geiz ist geil» ist in Deutschland ausgeprägt, und dort wird aufs Geld geschaut. Das ist die Problematik. Man ist nicht bereit, Geld für Bioprodukte zu bezahlen, die wir teurer produzieren müssen. Der Pflanzenschutz für Äpfel ist doppelt so teuer. Die Konsumenten müssen also auch bereit sein, für Bioprodukte zu bezahlen. Hören wir doch auf, den Bauern immer vorschreiben zu wollen, was sie tun müssen. Seit 1990 die Direktzahlungen eingeführt wurden, haben wir immer das getan, was von uns verlangt wurde. Aber man sollte nicht über das Ziel hinausschiessen.

Willi Knecht: Zum Votum von Hasan Candan: 1945 haben in der Schweiz 4,5 Millionen Menschen gelebt, also die Hälfte von heute. Ich habe zum Teil mit zwei bis drei Betrieben eine Gemeinschaft geführt. Die Nährstoffbilanz war erfüllt. Ich habe vor 20 Jahren als einer der ersten Betriebe das Label «Coop Naturaplan» eingeführt. Ich habe ein sehr gutes Gewissen. Bezüglich Umstellung auf Getreide: Wenn Sie ohne Dünger und Gülle Getreide anbauen wollen, werden Sie irgendwann ein Problem haben. Wenn der Stickstoff unter 90 Prozent fällt, wird das Mehl nicht mehr backfähig sein. Was wollen Sie dann tun?

Monique Frey: Willi Knecht fordert mit seinem Postulat Ernährungssicherheit und zielt vor allem darauf ab, dass Ausgleichsflächen unter den Pflug genommen und angebaut werden sollen. Jetzt wundern Sie sich, wenn Antworten kommen, wie die Ernährungssicherheit auch anders erreicht werden kann, zum Beispiel mit weniger Tieren. Sie haben diese Diskussion angestossen – eine Diskussion, die ich hier total unnötig finde. Vor fünf Jahren haben wir die Ernährungssicherheit in die Verfassung aufgenommen, und schon damals haben wir sehr lange darüber diskutiert. Ich diskutiere ja gerne, aber unser Rat ist der falsche Ort, um diese Diskussion zu führen. Zudem ist der Vorstoss von Willi Knecht keine Kantonsinitiative, sondern der Regierungsrat soll einfach mit dem Bund ein bisschen diskutieren. Was soll das? Willi Knecht soll eine Kantonsinitiative einreichen, dann lohnt es sich auch, darüber zu diskutieren. Aber einfach so pro forma darüber zu diskutieren und sich darüber aufregen, dass wir andere Forderungen zur Ernährungssicherheit stellen, finde ich etwas komisch. Ich möchte die Mitte-Fraktion dazu ermahnen, das Postulat nochmals genau zu lesen und zu erkennen, dass es sich um einen unnötigen Vorstoss handelt. Es ist so, wie es der Regierungsrat beantragt: Das Postulat soll wegen Erfüllung abgelehnt werden. Man diskutiert einfach ein bisschen darüber und beschäftigt damit die Verwaltung. Die Frage ist in der Verfassung geregelt, und der Bund ist dafür zuständig.

Urs Brücker: Ich vertrete eine etwas andere Meinung als meine Fraktion, trotzdem lehne ich das Postulat ab. Für mich als passionierter Fleischesser gibt es mit Kichererbsen keine Ernährungssicherheit. Man sollte die Sache ganzheitlich betrachten. Nicht nur der Kalorienbedarf von pflanzlichen oder tierischen Nahrungsmitteln oder der Produktion sind wichtig, sondern auch die Treibhausgase, Stichwort Mineraldünger: Der Fussabdruck von importiertem Mineraldünger ist in Bezug auf die Treibhausgase extrem hoch, vor allem CO₂ und nicht unbedingt Methan- und Lachgas. Man könnte es aber auch so sehen, dass der Kanton zu einem Düngerkanton werden sollte: Mit mehr Tieren viel Dünger produzieren, diesen aufbereiten und mit Stickstoff oder Phosphor anreichern und in die Westschweiz exportieren, wo Pflanzen- oder Ackerbau betrieben wird. Das könnte auch eine Strategie sein, und wir könnten so viel Fleisch essen, wie wir wollen und auf die Kichererbsen verzichten.

Laura Spring: Urs Brücker kann weiterhin zwei- bis dreimal pro Woche Fleisch essen; wenn das die ganze Schweizer Bevölkerung tut, haben wir alles im Griff, auch ohne Kichererbsen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Nach diesem Exkurs Ihres Rates zur Agrarpolitik, die zu 80 bis 90 Prozent durch den Bund bestimmt wird, komme ich zurück auf die Forderung des Postulats, nämlich die Ernährungssicherheit der Schweiz in Krisensituationen. Ich glaube dieser Vorstoss wurde im letzten Herbst in der Annahme eingereicht, dass nicht nur die Energie, sondern auch die Versorgung mit Nahrungsmitteln knapp werden könnten. Nach Corona haben wir erlebt, dass verschiedene Versorgungsketten unterbrochen wurden. In diesem Zusammenhang wurde im Postulat nicht nur eine Forderung, sondern es wurden auch verschiedene Fragen gestellt, die wir beantwortet haben. Die wirtschaftliche Landesversorgung ist ebenfalls wie die Agrarpolitik Sache des Bundes. Das BWL nimmt wöchentlich eine aktuelle Lagebeurteilung vor. Die Versorgung der Schweiz mit lebenswichtigen Produktions- und Nahrungsmitteln ist sichergestellt. Als Kanton stehen wir natürlich zu den massgebenden Zeiten, wo das vor allem thematisiert wird, diesbezüglich in Kontakt, in verschiedenen Rhythmen, so wie es Sinn macht. Aus Sicht der Regierung bietet sich kein Mehrwert, bezüglich Ernährungssicherheit nachzuhaken, sondern wir befürchten viel mehr eher negative Effekte. Ich konzentriere mich auf zwei Punkte. Die im Postulat verlangten Massnahmen haben wir beurteilt. Erstens: Die ökologischen Ausgleichsflächen machen im Kanton Luzern 3600 Hektaren aus, im Gegensatz zu 80 000 Hektaren Brotgetreideflächen und 60 000 Hektaren Futtergetreideflächen. Die zusätzliche Bewirtschaftung dieser Ausgleichsflächen würde die Ernte wohl um 1 Prozent steigern. Ökoprojekte haben ja nicht das Ziel, den Selbstversorgungsgrad zu senken, sondern ihn langfristig zu erhalten. Wir sind uns ja einig, dass die Biodiversität wichtig ist, damit das Natursystem überhaupt funktioniert, Böden fruchtbar bleiben und die ganzen Abläufe der Natur funktionieren. Wie viel und wie man das macht, sind sehr politische Fragen, wobei auch die Wissenschaft ihre Meinung dazu hat. Zweitens das Thema der inländischen Produktion: Agroscope hat 2020 das Potenzial der inländischen Produktion analysiert. Der minimale Nahrungsmittelbedarf in der Schweiz könnte gewährleistet werden, wenn wir die Grenzen schliessen, aber die Versorgung würde sich stark von den heutigen Konsumgewohnheiten unterscheiden. Wir müssten vor allem das Getreide selber essen und nicht mehr durch die Tiere lassen respektive den Fleischkonsum drastisch reduzieren. Das hätte für die Luzerner Landwirtschaft, die rund 70 Prozent der Wertschöpfung durch die Tierproduktion generiert, massive Auswirkungen. Deshalb wollen wir diese Frage nicht zusätzlich über die Ernährungssicherheit beim Bund thematisieren. Wir befinden uns in dieser Transformation, wir müssen gemeinsam auf diesen Weg gehen, aber über die Tür der Ernährungssicherheit zusätzlichen Druck zu machen, lehnen wir ab. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, das Postulat wegen Erfüllung abzulehnen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 57 zu 50 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 65 zu 43 Stimmen teilweise erheblich.